Dieses Blatt wird bei Beginn jeder Drucken und Umgebung am Tage vorher bereits als **Vorabend-Blatt** ausgegeben, während es die Tag-Ausgabe am Morgen in neuer Gesamtausgabe erhalten

64. Jahrgang. № 317. Sonntag, 16. November 1919.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr / Anzeigen-Preise. vierteljährlich in Dresden und Vororten bei zweimaliger Zustellung sowie bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld) 6,60 M., monatlich 2,20 M. Die einspaltige 37 mm breite Zeile 90 Pf. Auf Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt einspaltige An- und Gesuche 75 Pf. Nachgebühr laut Tarif. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung. Einzelpreis des Vorabendblattes 10 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 19395 Leipzig.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. – Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Einlösung von Zins-, Gewinnanteilscheinen und ausgelosten Wertpapieren.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.
Scheckverkehr.

Dresdner Handelsbank
Aktiengesellschaft
Ostra-Allee 9, im Hause der Kaufmannschaft, Schlachthofring 7, Wettinerstraße 56, Hauptmarkthalle, Elbeplatz 3, Kaiserstraße 11.

Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Verwaltung von Wertpapieren, sowie Aufbewahrung geschlossener Wertpakete.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlfächern unter Verschluß des Mieters und Mitverschluß der Bank.

Die verhängnisvolle Kohlennot.

Stillegung von Industrien.

Hamburg, 14. Nov. Nach einer Bekanntmachung der Kohlenwirtschaftsstelle wird vom 15. November der gesamten Industrie von Hamburg, Altona und Wandsbek der Kraftstrom ausgeschaltet.

Diese außerordentlich einschneidende Maßnahme ist veranlaßt worden einerseits durch die sehr schlechte Kohlenzufuhr, anderseits durch die Tatsache, daß sich ein großer Teil der Kraftstromverbraucher nicht an die früheren Bekanntmachungen gehalten habe. Um den dringenden Strombedarf für die Lebensmittelbetriebe, Verkehrsmittel und den Lichtverbrauch weiterhin zu decken, muß dieser Schritt getan werden. Von der Ausschaltung werden die Industrien folgender Städte betroffen: Hamburg-Altona, Wandsbeck, Lübeck, Schleswig, Rendsburg, Neumünster, Flensburg und Kiel.

In einer in Essen unter Vorsitz des Generaldirektors Vögler abgehaltenen Zusammenkunft von Besitzern rheinisch-westfälischer Hüttenwerke wurde die Absendung eines Telegrammes nach Berlin beschlossen des Inhalts, daß die Verfügung auf erneute Einschränkung des Brennstoffverbrauches der Hüttenwerke unfehlbar die Stillegung des größten Teiles der Essener Hütten-Industrie bedeute. Die Durchführung sei unmöglich. Man lehne die Verantwortung ab und weigere sich, der Verfügung Folge zu leisten. (W. T. B.)

Immer weitere Verschlechterungen.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 15. Nov. Die Einstellung des Personenverkehrs zugunsten der Güterbeförderung hat, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, soweit die Kohlenversorgung Groß-Berlins in Frage kommt, den erhofften günstigen Einfluß nicht ausgeübt. Die Lieferung mit Briketts, die für den Monatsbedarf in Groß-Berlin hauptsächlich benötigt werden, hat sich sogar noch etwas verschlechtert. Nutzen hat die Verkehrssperre in der Hauptsache Süddeutschland gebracht, wo allerdings die Verhältnisse in der Kohlenversorgung ungleich ungünstiger liegen als in Groß-Berlin. In vielen Gegenden Süddeutschlands war seit geraumer Zeit die Kohlennot so groß, daß viele lebenswichtige Betriebe eingestellt werden mußten. So lagen z. B. in Stuttgart das Elektrizitätswerk und die Straßenbahn fast drei Wochen lang still. Die zuständigen Stellen sind nach Kräften bemüht, die notwendigen Kohlenmengen, insbesondere für Groß-Berlin, heranzuschaffen. Ob eine allgemein ausreichende Kohlenversorgung ohne erneute, wenn auch nur teilweise Verkehrssperre möglich sein wird, steht noch nicht fest. Die Initiative liegt in dieser Hinsicht beim Kommissar für die Kohlenversorgung.

Die Schäden des Metallarbeiterstreiks.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 15. Nov. Von den in den Streik getretenen 120000 Berliner Metallarbeitern konnten nach Ende des Streiks bisher erst knapp 60000 wieder eingestellt werden. Die vollständige Einstellung aller Streikenden ist kaum vor drei Monaten zu erwarten. Der Berliner Metallindustrie sind durch den achtwöchigen Streik Auslandsaufträge in Höhe von 850 Millionen Mark verloren gegangen.

Eine Mahnung an die Eisenbahner.

Berlin, 14. Nov. Der die gemäßigte Richtung unter den Eisenbahnern vertretende Allgemeine Eisenbahnerverband gibt folgende Mahnung an seine Mitglieder bekannt: Die Verkehrssperre beeinflußt die öffentliche Meinung. Die Gefahr der Kartoffelnot und Kohlennot ist riesengroß. Wenn der Reparaturzustand der Wagen und Lokomotiven verbessert wird, tritt das Publikum auf unsere Seite. Es liegt nicht nur im Interesse des ganzen Volkes, daß die Arbeitsleistung in den Eisenbahnwerkstätten gesteigert wird, fordern in unserem eigenen. Es gilt einen Ruck nach rechts. Das ist unverkennbar. Bei veränderten politischen Verhältnissen werden wir schlimmer daran sein als je zuvor. Wer es gut mit den Arbeitern der Eisenbahn meint, denkt auch an die kommenden Jahre.

Matrosen-Ausschreitungen in Kiel.

Kiel, 15. Nov. Gestern abend kam es zu schweren Ausschreitungen. Trupps von Matrosen drangen, mit Revolvern und Knüppeln bewaffnet, in mehrere Lokale ein, um Rache an Zivilisten zu nehmen, die ihnen angeblich den Aufenthalt in den Lokalen verwehrt haben sollten. Die Polizei nahm einige Eindringlinge fest. Doch kam es bald zu erneutem Tumult, so daß die Sicherheitswehr einschreiten mußte. (W. T. B.)

Verbot einer unabhängigen Zeitung.

München, 14. Nov. Der Oberbefehlshaber des bayrischen Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4 Generalmajor **Mühl** hat das Erscheinen der unabhängigen Zeitung „Der Kampf" wegen Verleumdung der Einwohnerwehren gegenüber dem Feinde auf vier Tage verboten. (W. T. B.)

Besserung der Milchversorgung?

Berlin, 15. Nov. Der Fettstelle ist es gelungen, von morgen an eine bessere und reichlichere Belieferung mit Milch möglich zu machen. Sie hat aus den Beständen in Anbetracht der Notlage einen großen Posten sterilisierter Sahnenmilch, etwa 600000 Flaschen, zur Verfügung gestellt, um eine Belieferung der Kranken möglich zu machen. Ferner ist es gelungen, mit Dänemark größere Ankäufe zu tätigen, von denen die beiden ersten Lieferungen schon gestern angekommen sind. Es werden täglich zwei Waggons, ungefähr 20000 Kilogramm, sterilisierter und frischer dänischer Milch eintreffen und sofort zur Verteilung gelangen.

Verkauf deutschen Besitzes an Dänen.

Berlin, 15. Nov. Wie der „Berl. Lok.-Anz." meldet, hat der Hotelbesitzer Cornelius Petersen in Wittdün auf Amrum seinen dortigen Besitzstand, bestehend aus dem Hotel „Viktoria" und dem Logierhaus „Vier Jahreszeiten" für 400000 Mark an die Dänen verkauft.

Die Wahrheit über den Versailler Frieden.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 15. Nov. Dr. Dillon, der bekannte englische Journalist, hat soeben in London ein Buch über die Friedenskonferenz veröffentlicht, das um so interessanter ist, als man weiß, daß der Verfasser intime Beziehungen zu mehreren leitenden Persönlichkeiten unterhält und daher weiß, was hinter den Kulissen vor sich ging. Sein Urteil ist wenig schmeichelhaft. Das Resultat bezeichnet er folgendermaßen: „Die Konferenz hat Europa in eine siedende Masse von untereinander feindlichen Staaten verwandelt, die unfähig sind, es unter solchen Umständen mit der Konkurrenz von jenseits des Meeres aufzunehmen." Ferner verrät Dillon, daß die britische Regierung von Anfang an die Absicht hatte, Delegierte der Bolschewisten zur Konferenz zuzulassen, ein Zeichen, wie klug und gerissen man wieder einmal gewesen ist. Das britische Auswärtige Amt versandte diesbezügliche Unterlagen an die verbündeten Regierungen ungefähr einige 14 Tage vor Beginn der Konferenz. Der Vorschlag wurde aber auf Frankreichs Drängen zurückgezogen.

Was England unter „Selbstbestimmungsrecht" versteht.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 15. Nov. Eine neue Illustration zur Behandlung des Selbstbestimmungsrechts seitens des britischen Reiches gibt ein Reuterbericht aus Wagiristan über die Verhandlungen, die am 4. November zwischen dem englischen General Climo und den Mahsuds stattfand, einem Volksstamm an der Nordwestgrenze von Indien, der seit Jahrzehnten mutig für seine Unabhängigkeit kämpft. 250 einflußreiche Angehörige des Stammes waren anwesend. Während der Besprechungen flogen britische Flugzeuge über ihnen hin und her, die kürzlich ihre Dörfer durch Bombenwürfe zerstört hatten. Die Mahsuds, die zuerst sehr ängstlich waren, verlangten Zeit, die englischen Angebote zu überlegen. Dies wurde ihnen abgeschlagen. Als sie aber nicht nachgeben wollten, brach der General die Verhandlungen ab, die Flugzeuge kehrten zurück und begannen von neuem, die Dörfer der Mahsuds durch Bombenwürfe in Brand zu stecken.

Der Raub der Kolonien.

Amsterdam, 15. Nov. „Telegraaf" meldet aus London: Der britische Kolonialminister teilte im Unterhause mit, daß zwischen der englischen, französischen und italienischen Regierung Verhandlungen über die Durchführung des Vertrages von London geführt werden, wobei festgesetzt wurde, daß, wenn England und Frankreich ihren afrikanischen Besitz auf Kosten Deutschlands vergrößern sollten, Italien auf eine Grenzverbesserung seiner Kolonien in Afrika Anrecht habe. (W. T. B.)

Der Wiederaufbau in Frankreich.

Vom 25. September bis 18. Oktober haben deutsche Sachverständigen-Kommissionen Besichtigungsfahrten in den zerstörten Gebieten Frankreichs gemacht, um einen allgemeinen Einblick von den typischen Zerstörungspunkten sowie von den Wiederherstellungsarbeiten zu gewinnen, an denen sich Deutschland beteiligen könnte. Der erstattete Sachverständigen-Bericht wird in der „Deutschen Allg. Ztg." mitgeteilt. Auf allen Fahrten wurden zahlreiche deutsche Kriegsgefangene bei der Arbeit gesehen. Deutschland hat, wie die genannte Zeitung schreibt, durch diese Reise erneut seinen Willen zum Ausdruck gebracht, nach Kräften am Wiederaufbau des zerstörten Gebietes mitzuwirken.

In einer von den freien Gewerkschaften in Köln veranstalteten Versammlung wurde nach der Feststellung, daß augenblicklich in Nordfrankreich 250000 deutsche Gefangene beim Wiederaufbau beschäftigt seien, eine Entschließung angenommen, nach der sich die deutsche Arbeiterschaft bereiterklärt, die Kriegsgefangenen durch freie Arbeiter abzulösen und tatkräftig am Wiederaufbau des zerstörten Frankreichs mitzuarbeiten.

Die fixe Idee.

Die Situation im Untersuchungsausschuß wird für die Herren, die da glaubten, aus seinen Verhandlungen sich bequem und wirksam Waffen für den Wahlkampf schmieden zu können, immer ungemütlicher. Schon die Vernehmung Bernstorffs, der doch ganz und gar einer der Ihrigen ist, war im Grunde ein Fehlschlag. Gewiß, Bernstorff glaubte an die Möglichkeit, über Amerika zum Frieden zu kommen; was er aber an Tatsächlichem vorzubringen wußte, war eher geeignet, diesen Glauben bei objektiv urteilenden Leuten zu erschüttern, als zu befestigen. Vom Mai bis zum Dezember 1916 haben ihn Wilson und Oberst House mit der Vermittlungsfrage hingehalten. Sie sind erst dann mit ihrem Vorschlag herausgekommen, als die deutsche Regierung ihr Angebot erlassen hatte, und haben sauer reagiert, als es sich darum handelte, wirklich etwas zu tun, als ihnen Bedingungen vorgelegt wurden, zu denen sie praktisch hätten Stellung nehmen können. Ihnen war die Möglichkeit gegeben, den Unterseebootkrieg zu verhindern. Sie haben davon keinen Gebrauch gemacht. Sie hätten ihren Verbandsfreunden und der Welt gegenüber betonen können, Deutschland sei zu einem Frieden, der ihren Grundsätzen entsprach, bereit. Sie haben aber das Gegenteil getan, haben die Zerschmetterungsforderungen der Feinde als einen Schritt zum Frieden bezeichnet und die deutschen Richtlinien für die Verständigung mit unwilliger Handbewegung beiseite geschoben. Ebensowenig gingen sie auf das Angebot der Reichsregierung ein, den Unterseeboot-Krieg anzuhalten für den Fall, daß Amerika wirklich vermitteln wollte. Jeder, der sich diesen Tatsachenkomplex vor Augen hält, muß, wenn er logisch zu denken vermag, zu dem Schluß kommen, daß Wilson nicht den Frieden, sondern den Krieg gewollt habe. Zudem hat er im Senat vor aller Welt deutlich erklärt, er würde Krieg geführt haben, auch wenn Deutschland den rücksichtslosen Unterseeboot-Krieg nicht begonnen hätte. Bernstorff selber hat ferner zugegeben, daß die Vereinigten Staaten an England gebunden gewesen seien. Der Fall liegt also sehr klar. Wenn man deutschen Ministern aus ihrer Amerikapolitik einen Vorwurf machen will, so kann es nur der sein, daß sie die feindselige Haltung Wilsons und seiner Regierung zu spät erkannt, daß sie sich von ihm mit diplomatischen Spitzfindigkeiten haben betören lassen. Nach dieser Richtung hin wäre eine Untersuchung in Frankreich, in Italien, ja auch bei den Serben und Montenegrinern geführt worden.

Unsere sogenannten Staatslenker von heute denken darüber anders. Solche Fragen zu stellen, paßt nicht in ihr System. Dieses System verlangt aber offenbar, die deutsche Politik von früher nach Kräften schlecht zu machen. Wenn der Untersuchungsausschuß, wenn insbesondere die heutige Regierung den Zweck verfolgte, den Gerichtshof Lloyd Georges mit Material gegen die frühere deutsche Regierung zu versorgen, so könnte nicht anders verfahren werden, als es Dr. David in seiner Revolutionsfestrede tat. Herr v. Bethmann und Dr. Helfferich waren nicht immer klug in ihrer Diplomatie, sie haben sich lange Zeit von Wilson blenden lassen. Geht es nun aber nicht über die Hutschnur, wenn sie in aller Oeffentlichkeit angeklagt werden, daß sie nicht ganz so töricht, nicht ganz so verblendet, nicht ganz so in eine fixe Idee verrannt waren, wie die Herren Dr. David und Cohn? Man stelle sich vor, wie Debatten wie die letzte des Untersuchungsausschusses im Auslande wirken müssen, was für einen Begriff ein Mann wie Lloyd George, der nie etwas anderes gewollt hat als die Vernichtung Deutschlands, und es stets auch offen gesagt hat, von den neuen deutschen Politikern bekommen muß!

Dr. David wirft dem früheren Reichskanzler und seinem Vizekanzler einen Betrug an Wilson und dem deutschen Volke vor. Sie hätten Wilsons Vermittlung angenommen und doch den Unterseeboot-Krieg beschlossen. Sie hätten dem Reichstage über Wilsons Vermittlungsangebot nicht klaren Wein eingeschenkt und ganz besonders das Angebot der neutralen Macht verschwiegen. Das stimmt nun freilich nicht. Ueber Wilson sind im Hauptausschuß „vertrauliche" Mitteilungen gemacht worden. Dr. David war aber nicht dabei, wofür schließlich Helfferich nichts kann. Hätte man sich über das Angebot der neutralen Macht, das Dr. David trotz der hohnvollen Ablehnung unseres Friedensangebots durch die Feinde, trotz Wilsons Senatsbotschaft vom 22. Januar, trotz des Versailler Friedens, trotz der Erklärung des Präsidenten im Senat für aussichtsvoll hielt, ebenso geäußert, dann war von vornherein die Gewähr dafür gegeben, daß dieser Vermittlungsversuch durch die Feinde zum Scheitern gebracht werden würde. Aber Dr. David und Genossen haben nun einmal ihre fixe Idee, und das Wesen einer fixen Idee besteht bekanntlich darin, daß sie fix, d. h. auf deutsch: fest in den Gehirnen der daran Leidenden vernagelt ist und durch keinerlei Ueberredungskünste beseitigt werden kann. Ob so veranlagte Menschen besonders geschickt zur Leitung eines Staates sind, ist eine Frage, die hier nicht weiter erörtert zu werden braucht.

Helfferich, Bethmann und Zimmermann haben sich ihrer Haut gewehrt, geschickter und wirkungsvoller, als sie es früher im Reichstage taten. Dr. David sah sich schließlich gezwungen, den „Vorwärts"-Bericht über seine Rede, der doch ganz gewiß in gutem Glauben verfaßt worden ist,

SLUB
Wir führen Wissen.